

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Verleger: Montag, 2. Juli 1937, 1.20 inkl. 18 3. Beförderungs-Geb., 24 3. Zustellungsgeb.; D. R. G. 1.40 inkl. 20 3. Ausstrahlgeld; Einzelk. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. hoh. Gewalt 3. Betriebsführ. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtschreibl. Tonnenblatt. / Fernruf 321. Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabnahme Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 162

Mittwoch, Freitag, den 16. Juli 1937

60. Jahrgang

Neues Dienstgebäude der Reichskanzlei in Verchesgaden

Berlin, 15. Juli. Da während des Aufenthalts des Führers und Reichskanzlers auf dem Obersalzberg die Aufgaben der Reichskanzlei zum Teil sogleich in Verchesgaden erledigt werden müssen, wurde auf Weisung des Führers ein neues Dienstgebäude für die Reichskanzlei errichtet. Der Bau ist nun vollendet. Die Inneneinrichtung ist so weit fertiggestellt, daß der Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Dr. P a m m e r s, mit den erforderlichen Mitarbeitern in diesen Tagen in das neue Gebäude einziehen konnte und dort den Dienstbetrieb für die Zeit des Aufenthalts des Führers in Verchesgaden aufgenommen hat.

Der Neubau der Reichskanzlei wurde im September 1936 begonnen und schon am 18. Januar dieses Jahres konnte in Anwesenheit des Führers das Richtfest begangen werden. Das neue Dienstgebäude der Reichskanzlei über dem Tal der Bischofswieser nahe ist ein bedeutendes Zeugnis nationalsozialistischer Baukunst. Sein Schöpfer, Architekt Alois Degano in Gmund am Tegernsee, hat es verstanden, klare Sachlichkeit mit gediegener Würde zu vereinen. Der Neubau fügt sich vortrefflich in die Landschaft ein, er liegt darin mit jener ruhigen Sachlichkeit, als hätte das Haus schon immer an seinem Platz und sei aus dieser eindrucksvollen Landschaft herausgewachsen. Das Bauwerk besteht aus einem nach Süden gerichteten Hauptgebäude, einem Verbindungsbau und einem Nebengebäude, das die benötigten Wohnräume enthält. Unter Betonung bester handwerklicher Arbeit wurden ausschließlich bodenständige Baustoffe verwendet, zum Beispiel Königsberger Marmor in der Eingangshalle und deutsche Hölzer, wie Lärche, Fichte, Föhre und Eiche bei der Innenausstattung. So entstand ein Gebäude, das ein Schmuckstück im schönsten Verchesgadener Land darstellt. Die Arbeit in diesem Gebäude, die nach den Worten des Führers beim Richtfest dem Nutzen des deutschen Volkes dient, hat begonnen.

Die Münchener Festtage im Rundfunk

Berlin, 15. Juli. Die bevorstehenden Münchener Ereignisse werden von allen deutschen Sendern und für die Deutschen in aller Welt vom deutschen Kurzwellenfender übertragen. Die Eröffnung des „Tages der deutschen Kunst“ im Kongressaal des Deutschen Museums am Freitag von 11-12 Uhr wird vom Reichsfender München und Deutschlandfender übertragen und am gleichen Tage, jedoch zu anderen Zeiten, von allen übrigen deutschen Sendern wiederholt. Von der Jahrestagung der Reichskammer der bildenden Künste am Samstag bringen Reichsfender München und Deutschlandfender von 15.30 Uhr bis 16.45 Uhr bemerkenswerte Ausschnitte. Am Sonntag von 10.30 bis 12 Uhr wird von allen deutschen Sendern einschließlich des deutschen Kurzwellenfenders die feierliche Einweihung des „Hauftes der deutschen Kunst“ und damit zugleich die Eröffnung der Großen deutschen Kunstausstellung übertragen. Das Programm des Reichsfenders München wird von den übrigen Reichsfendern übernommen.

Reichsfestspiele Heidelberg am 20. Juli

Berlin, 15. Juli. Die Reichsfestspiele 1937 werden am 20. Juli um 19.45 Uhr feierlich eröffnet. Die Fanfaren, die in der Festspielzeit allabendlich vom Altan des Schlosses herab ins Tal hinein den Beginn der Vorstellungen ankünden, geben den Auftakt. Nach der Ouvertüre zu „Oteron“ von Karl Maria von Weber folgen die Begrüßungsansprachen. Ludwig van Beethovens Ouvertüre zum „Coriolan“ beschließt den Festakt, dem um 20.30 Uhr die Eröffnung der „Amphitheatron“ von Heinrich von Kleist folgt.

Bericht der „Hindenburg“-Untersuchungskommission fertiggestellt

Neaport, 15. Juli. Nach zweimonatiger Arbeit hat jetzt der Untersuchungsausschuss des Wirtschaftsministeriums den Bericht über die Ursache der Katastrophe des Luftschiffs „Hindenburg“ nahezu fertiggestellt. Der umfangreiche Bericht, der in der nächsten Woche Wirtschaftsminister Koper unterbreitet wird, läßt, wie verlautet, die eigentliche Ursache des Unglücks ungeklärt und beschränkt sich auf eine Aufzählung verschiedener Theorien als Ergebnis der Aussagen der Sachverständigen und der Ueberlebenden.

Nord an friedliebenden Menschen! Das ist der Bolschewismus!

In der großen antisowjetischen Schau, die am morgigen Samstag in der Gewerbehalle in Stuttgart eröffnet wird, sieht jeder Volksgenosse, wie der Kommunismus bisher überall in der Welt gewütet hat. Diese Ausstellung muß jeder Volksgenosse gesehen haben!

Japan beruft Reservisten ein

Geschwundene Hoffnung auf friedliche Beilegung

Tientsin, 15. Juli. Die gestern vorübergehend aufgetauchten Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Fernost-Konfliktes sind heute fast reiflos geschwunden. Der Grund hierfür liegt in den erheblich vermehrten Truppenkonzentrationen auf beiden Seiten, sowie in der heute von der japanischen Regierung veranlaßten Mobilisierung von drei Millionen Reservisten. Nur in einzelnen ausländischen und diplomatischen Kreisen hält sich noch die Hoffnung, daß durch eine Intervention auswärtiger Mächte der drohende Konflikt vermieden werden könnte.

Die Friedensverhandlungen, die von den obersten Militärs der japanischen und chinesischen Streitkräfte gestern eingeleitet wurden, sind wieder vollkommen ins Stocken geraten. Auf beiden Seiten hegt man den Verdacht, daß die Friedensverhandlungen nur dazu benutzt werden sollten, um die eigenen Kriegsvorbereitungen ungehindert durchführen zu können und möglichst viel Zeit zur Mobilisierung der eigenen Streitkräfte zu gewinnen. Jedenfalls werden auf beiden Seiten die militärischen Vorbereitungen mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Die Züge von Tientsin nach Nudun sind zur Zeit überfüllt von japanischen Familien, die aus Tientsin nach Mandschukuo flüchten. Japanische Soldaten sorgen dafür, daß diese Züge ausschließlich von ihren eigenen Staatsangehörigen benutzt werden. Keinem Chinesen wird gestattet, die Waggons zu betreten. Auf dem Güterbahnhof von Tientsin haben 200 japanische Soldaten ihr Quartier aufgeschlagen, um — wie sie erklären — den Bahnhof vor Sabotageakten zu schützen.

Die beiden kommunistischen Generäle Ma otje-Tung und Tschuteh haben nach in Tokio vorliegenden Berichten einen Brief an Marshall Tschiang Kai Schek geschickt, in dem sie ihm das Oberkommando über die kommunistischen Streitkräfte in China anbieten. Der Marshall möge diese Truppen gegen die Japaner an die Front schicken. Bekanntlich haben die beiden kommunistischen Heerführer bereits seit mehreren Monaten alles versucht, um die Politik der chinesischen Zentralregierung in ein kriegerisches antijapanisches Fahrwasser zu lenken.

Die Zahl der chinesischen Truppen, die zur Zeit in Nordchina den Japanern gegenüberstehen, wird hier auf 100 000 geschätzt. Marshall Tschiang Kai Schek habe, wie es in einer Nachricht der Domei-Agentur heißt, die Führer der 29. Armee davon unterrichtet, daß sechs Divisionen der chinesischen Armee dabei seien, sich nach Nordchina in Marsch zu legen.

Wie das japanische Kriegsministerium mitteilt, wurde der heutige Entschluß, Truppen vom Mutterland zu dem Festland herüberzuschicken, „angeichts der gespannten Lage in Nordchina“ gefaßt. Wie früheren Truppenbewegungen folgten von Korea und Mandschukuo aus. Von der Entsendung von Truppen aus der Heimat hatte man bisher abgesehen, „in Erwartung der weiteren Entwicklung“. Einer Meldung aus Kantsing zufolge hat die 12. Division der japanischen Armee, bestehend aus 10 000 Mann, Dairen in Südmandschukuo erreicht. Die chinesischen Zeitungen melden, daß die Japaner 16 Kilometer südwestlich von Peiping 20 Morgen Land requiriert hätten, um einen Flugplatz anzulegen. Ein Militärflugzeug sei bereits dort gelandet.

Labour-Party erzwingt Unterhausausprache

Eden antwortet auf die Angriffe Attlees. — Um die Anerkennung der Rechte Kriegsführender

London, 15. Juli. Die Opposition hat am Donnerstagabend entgegen dem Willen der Regierung im Unterhaus eine Aussprache über Spanien erzwungen, die mit scharfen Angriffen des Oppositionsführers Attlee gegen die Politik der Regierung eröffnet wurde. Attlee begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Vorschläge der britischen Regierung zu lenken wünsche, die die Gewährung der Rechte eines Kriegsführenden an General Franco vorsehen und die „keinerlei wirkliche Vorkehrungen für das vollständige Aufheben der ausländischen Einmischung in Spanien hätten“. Seiner Ansicht nach seien diese Vorschläge „ungerecht, schlecht ausgedacht und gefährlich“. Er glaube nicht, daß sie das erreichen würde, was erstrebt werde. Sie würden nur Anlaß zu weiteren Zwischenfällen geben unter dem Vorwand, die Nicht-einmischung wirksamer zu gestalten, während man tatsächlich „in drei Punkten General Franco Vorteile gegenüber denjenigen Balencias gebe“. Eden habe versucht, unerbittliche miteinander auszusöhnen.

In diesem Zusammenhang glaubte Attlee die Vorschläge Deutschlands und Italiens in böswilliger Weise verdrehen zu müssen und die Aufrichtigkeit und Friedensliebe der beiden Nationen in Zweifel zu ziehen. Als Attlee im weiteren Verlauf seiner Rede die Behauptung aufstellte, daß General Franco seine bisherigen Schlägen vor allem mit ausländischen Truppen geschlagen habe, unterbrach ihn die konservative Abgeordnete Lady Astor mit dem Zwischenruf, daß dies auf beiden Seiten der Fall sei. Attlee fuhr dann fort, daß es Franco nicht gelungen sei, eine große nationale Armee aufzustellen. Hier hielt ihm der konservative Abgeordnete Cazalet entgegen, daß Franco mindestens 200 000 Mann ausgebildeter Leute habe.

Den Schluß seiner demagogischen und widerspruchsvollen Ausführungen benutzte er zu weiteren Angriffen gegen die „faschistischen“ Mächte. Die Vorschläge der britischen Regierung würden ein Verlassen des internationalen Rechts bedeuten.

Außenminister Eden bedauerte zunächst, im Hinblick auf das Ansehen Englands, daß die Opposition eine Aussprache über die Vorschläge ersucht habe, bevor die Staaten, die sie erbieten hätten, Gelegenheit gehabt hätten, sich zu ihnen zu äußern. Er glaube, daß dies ohne Beispiel in der britischen Parlamentsgeschichte sei. (Stürmischer Beifall auf den Regierungsbänken). Die Haltung der Opposition stehe mit ihren bisherigen Äußerungen im Widerspruch, denn sie habe bisher ständig eine internationale Zusammenarbeit anempfohlen. Eden wies hierauf kurz noch einmal auf den Ursprung der britischen Vorschläge hin und hob hier ausdrücklich hervor, „nicht ein jiger Staat dem Nicht-

mischungsausschuss einen Zusammenbruch der Nicht-einmischungspolitik gewünscht habe.

Zu den einzelnen Punkten der Kritik Attlees übergehend, erklärte der britische Außenminister: Wenn behauptet werde, daß sich die Anhänger der Franco nur auf wenige „rebellierende Offiziere“ beschränke, so sei das Unsinns. Es sei ferner eine unhaltbare Behauptung, wenn man sage, daß man niemals Rechte Kriegsführender an „Insurgenten“ zugestehen dürfe. Der Einwand der Opposition gegen die Gewährung von Kriegerechten an „Insurgenten“ werde auch nicht an sich erhoben; es sei die Gewährung von Kriegerechten an Leute, deren Weltanschauung man bekämpfe, gegen die sich die Opposition wende. (Laute Protestrufe der Labour-Party).

Was die Zurückziehung von Ausländern betreffe, so könne man der Regierung vorwerfen, daß sie nicht aufgefordert worden sei, diese Angelegenheit zu behandeln. Sie habe aber der Anwesenheit von Ausländern in Spanien die größte Bedeutung beigelegt. Das sei der Grund, warum sie es für wesentlich gehalten habe, daß diese Frage in Rechnung gestellt und Schritte zu ihrer Lösung ergriffen würden. Die britische Regierung müsse nicht nur bei dieser Arbeit die Mitarbeit der Regierungen erhalten; sie habe sogar noch eine weitere „Sicherung“ in den Plan eingebaut: Kriegerechte würden nicht in Kraft treten, bevor der Ausschuss festgelegt habe, daß die Zurückziehung der Ausländer wesentliche Fortschritte gemacht habe.

Er gebe, so erklärte Eden weiter, dem Haus noch etwas Weiteres zu erwägen. Wenn diese Vorschläge irgend einen Erfolg haben sollten, so werde das nur geschehen, wenn die Völker nach einiger Ueberlegung bereit seien, sie durchzuführen. Wenn die Völker mitarbeiten wollten und zwar soweit, daß sie ein Organ für die Zurückziehung der Freiwilligen einsetzten, so bedeute das, daß ein Geist der Zusammenarbeit vorhanden sei, der verschieden von dem sei, was es bis jetzt gegeben habe. Wörtlich erklärte Eden dann weiter: „Entweder schlagen diese Vorschläge insgesamt fehl, oder Kriegerechte werden gewährt und die Ausländer werden zurückgezogen. Etwas dazwischen gibt es nicht.“

Die Opposition habe der Regierung ferner Vorwürfe wegen der Lage vor Bilbao gemacht. Demgegenüber wollte er nur feststellen, daß kein ausländisches Schiff nach Bilbao hineingekommen sei, weil Franco eine Blockade errichtet habe, mit Ausnahme der britischen Schiffe, die unter dem Schutz der britischen Flotte bis zur Dreimeilenzone gelangt seien. Das sei kein Beweis für die Parteinahme der britischen Regierung für General Franco. Man nehme doch einmal an, daß General Franco in einer Stadt belagert werde. Würden die Mitglieder der Opposition die gleiche



Erklärung des ungarischen Innenministers zur Minderheiten-Frage

Budapest, 15. Juli. Minister des Innern von Szell gab einem Vertreter des ungarischen telegraphischen Korrespondenzbüros folgende Erklärungen ab: Ich möchte mich über die dringende, daher erste Frage des durch die Friedensverträge geschaffenen Mitteleuropas, über das Minderheiten-Problem, und zwar im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern äußern. Es ist bekannt, daß diese Frage für Ungarn in doppelter Hinsicht von Interesse ist. Einmal vom Gesichtspunkt der mehrere Millionen betragenden, anderen Ländern angegliederten Minderheiten, zum anderen Male vom Gesichtspunkt der auf dem verbliebenen Landesteil lebenden ungarischen Staatsangehörigen nichtungarischer Muttersprache.

Die ungarische Regierung ist stets bestrebt gewesen, ihren auf strenger völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Standpunkt in Bezug auf die im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten allen in Betracht kommenden Instanzen und unter Zuhilfenahme legaler Rechte bekanntzugeben und ihm nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen. Wir wünschten niemals etwas anderes, als das, wie sich die einschlägigen Verträge zum Ziel gesetzt haben, nämlich daß unsere Minderheiten im Besitz vollkommener politischer Freiheit ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterbestehen können. Wenn auch diese Bestrebungen der jeweiligen ungarischen Regierungen nur selten von Erfolg gekrönt worden sind, so liegt darin keine eigene Unterlassungsschuld. Die gegenwärtige politische Kräfteverteilung, die Organisation und die heutige Einstellung des Völkerbundes, denen gegenüber sich das Recht und die politische Zweckmäßigkeit nicht durchsetzen konnte, haben diesen sehr bedauerlichen Umstand geschaffen, der gewiß nicht zum Frieden beiträgt, sondern im Gegenteil sogar die Verbreitung des Geistes der Verödung verhindert hat.

Die logische Folge dieser unserer Auffassung ist das Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber den innerhalb der heutigen Landesgrenze lebenden Staatsangehörigen nichtungarischer Sprache. Unter diesen steht an erster Stelle, als die zahlenmäßig größte, die ungarländische-deutsche Minderheit, die in unzerstückelter Verbundenheit nicht nur mit dem ungarischen Staat, sondern auch mit der ungarischen Nation, sich stets in der Vergangenheit so gewiß auch in der Zukunft bewähren wird. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Vergangenheit erinnerte der Minister daran, daß die Deutschen als Siedler nach Ungarn gerufen worden seien zur Auffüllung der damals gelichteten Reichen des Ungarntums, das in der Verteidigung Europas, im Kampf gegen den das Christentum bekämpfenden Islam, große Verluste erlitten hatte. Diese deutschen Siedler hätten mit den Ungarn stets in brüderlichem Einvernehmen gelebt.

Sie sind aber Deutsche geblieben, dort wo sie in Massen lebten. In unmittelbarer Nähe der ungarischen Hauptstadt gibt es heute noch deutschsprachige Gemeinden; sie konnten sich Jahrhunderte hindurch unbehindert in ihrer deutschen Kultur entwickeln. Wenn dies nicht so gewesen wäre, gäbe es heute keine deutsche Minderheit in Ungarn mehr. Hinsichtlich der Ausübung der Staatsbürgerlichen Rechte und auf wirtschaftlichem Gebiete würde jede Minderheit in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart auf gleicher Weise behandelt wie die ungarische Minderheit. In dieser Beziehung sind auch niemals Beschwerden laut geworden.

Der allgemeine Leitgedanke unserer Minderheiten-Politik ist, daß Ungarn seine deutschen oder anderssprachigen Staatsangehörigen wenigstens so gut behandeln will wie dies ungarischerseits von jenen Staaten erwartet wird, auf deren Gebiet Minderheiten ungarischer Muttersprache leben. Unsere einschlägigen Rechts-

bestimmungen stehen mit dieser Zielsetzung in vollkommenem Einklang. Hieraus ergibt sich, daß Ungarn keine neuerlichen grundlegenden Verfügungen auf dem Gebiete des Minderheitenwesens zu treffen hat. Es ist nur notwendig, daß die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben restlos verwirklicht werden und dies ist auch der vorbehaltlose feste Vorbehalt der ungarischen Regierung. Falls diesen Absichten der Regierung entgegengelegte unerantwortliche Bestrebungen auftauchen sollten, ist die Regierung entschlossen, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen.

Dieser Vorbehalt bezieht sich vor allem auf die Schulfrage, auf die Freiheit der Bildung kultureller und religiöser Vereine sowie auch darauf, daß die Regierung keine Bestrebungen zur Geltung kommen läßt, die gegen die Freiheit der kulturellen Betätigung und des Sprachgebrauchs der deutscher und anderssprachiger Minderheiten gerichtet wären, wie dies in einer Weise, die jeden Zweifel ausschließt, die Regierung wiederholt erklärt hat.

Eine Erklärung des Stellvertreters des Führers

Berlin, 15. Juli. Zu den Ausführungen des ungarischen Innenministers über Ungarns Einstellung zu der Minderheiten-Frage gab der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, folgende Erklärung ab:

„Die Erklärungen, die Minister von Szell der ungarischen Presse über den Standpunkt seiner Regierung in der Volksgruppen-Frage abgegeben hat, sind in der deutschen Öffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen worden. Wenn er sich zu dem Wünsche bekennet, daß die ungarischen Volksgruppen, die inmitten fremder Staaten leben, im Besitz ihrer vollkommenen politischen Freiheit ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können, so drückt sich diese gerechte Forderung durchaus mit unserer Auffassung hinsichtlich der deutschen Volksgruppen in Ungarn. Eine große Verehrung enthalten für uns die Worte Herrn von Szell, mit denen er den festen Vorbehalt der ungarischen Regierung ankündigt, hinsichtlich der deutschen Volksgruppe „die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben restlos zu verwirklichen“. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die die freie geistige Entfaltung des deutschen Volkstums in Ungarn gewährleisten sollen.“

Wenn Herr von Szell darauf hinwies, daß er seine Erklärung im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern abgegeben habe und daß die ungarische Regierung entschlossen ist, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitgedanke des Staates in der Minderheiten-Frage gefährdet erschiene, so stellen wir dies mit aufrichtiger Genugtuung fest. Wir können daher auch das Vertrauen haben, daß die deutsche Volksgruppe in Ungarn neben der politischen Freiheit und wirtschaftlichen Gleichstellung auch die Möglichkeit zu einer ungehemmten kulturellen Entwicklung haben wird.

Angehts der Jahrhunderte alten Freundschaft zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk ist es — das möchte ich ausdrücklich erklären — unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß die ungarländische deutsche Volksgruppe wie bisher so auch in Zukunft in Treue dem ungarischen Staat dienen und dadurch auch weiterhin eine Brücke zwischen beiden Völkern darstellen wird.“

Begeisterung für den Schutz der britischen Handelschiffe gezeigt haben, daß Lebensmittelchiffe in eine belagerte Franco-Stadt gelangen konnten?

Gemäß dem internationalen Recht könnte man eine Blockade nur anerkennen, wenn man beiden Teilen die Rechte Kriegführender zugebe. Man hätte demgemäß auch eine Blockade von Seiten Valencias nicht gestatten können, ohne daß man zur gleichen Zeit General Franco Kriegsschiffe hätte zuerfennen müssen, wenn die Lage vor Bilbao umgekehrt gewesen wäre.

Eden behandelte dann die Luftkontrolle und erklärte, die englische Regierung wisse sehr wohl, daß es sich hier um die schwierigste Frage von all den vielen Fragen handle, die im spanischen Bürgerkrieg aufgetaucht seien. Soweit er sich dessen bewußt sei, gebe es nur zwei Möglichkeiten, um die hier gegebenen Schwierigkeiten zu überwinden. Entweder müsse man Beobachter in fast alle Flugplätze Europas setzen, was offensichtlich unmöglich sei, oder man müsse versuchen, die Zustimmung beider Parteien dafür zu erhalten, daß Beobachter auf die Flugplätze Spaniens gesetzt würden. Dafür habe man das Beste vorge schlagen.

Wenn die englischen Vorschläge angenommen würden, so würden sie sich als ein Mittel erweisen, um die Nichteinmischung wirksam zu gestalten, die Gefahr, daß dieser Konflikt sich ausbreite, zu begrenzen und den Krieg auf Spanien zu beschränken. Wenn sie fehlgeschlagen würden und infolgedessen die Nichteinmischung zusammenbricht, dann werde, so meinte Eden, eine neue und gefährliche Lage eintreten. Die britische Regierung sei überzeugt, daß Europa dies nicht wünsche.

Eden schloß: „Ich fordere das Haus auf, den Vorschlägen zuzustimmen, nicht, weil es Einzelheiten von Ihnen gerne mag — es gibt bei ihnen Vorschläge, die ich selbst nicht mag — sondern weil wir glauben, daß sie ein Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit und daher ein Beitrag zum Frieden sind.“

Der Auswärtige Ausschuss der Regierungsparteien unterführt die Politik der englischen Regierung

London, 16. Juli. Der Auswärtige Ausschuss der Regierungsparteien trat am Donnerstagabend im Unterhaus zusammen und erörterte die Lage in Spanien. Wie verlautet, wurde einstimmig beschlossen, Außenminister Eden in seiner schwierigen Aufgabe zu unterstützen und die Politik der Regierung in dieser Frage zu billigen.

Die englischen Kompromißvorschläge vor dem französischen Kabinettsrat

Paris, 15. Juli. Über den Kabinettsrat, der nicht wie gemeldet, am Donnerstagvormittag, sondern erst um 17.30 Uhr zusammengetreten ist, hat Paris nach Beendigung der Sitzung folgende kurze Mitteilung ausgegeben:

Die Minister und Unterstaatssekretäre sind am Donnerstagmorgen im Matignon-Palais unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Chamberlain zu einem Kabinettsrat zusammengetreten. Außenminister Delbos erstattete einen Bericht über die außenpolitische Lage. Der Kabinettsrat prüfte sodann die laufenden Angelegenheiten. Wie hierzu verlautet, war der Kabinettsrat ausschließlich dem Bericht des Außenministers Delbos über die englischen Kompromißvorschläge zur Reorganisation der Nichteinmischungskontrolle in Spanien sowie dem Meinungsaustausch der Minister hierüber gewidmet. Einen Beschluß werde die Regierung jedoch erst in dem am morgigen Freitag stattfindenden Ministerrat fassen.

Entgegen den Erwartungen hat sich der Kabinettsrat nicht mit dem Streik im Hotel- und Gaststätten- und Kaffeehausgewerbe beschäftigt.

Tag des deutschen Volkstums im September

Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland wird auch in diesem Jahre einen Tag des deutschen Volkstums durchführen. Für die Veranstaltungen, in denen der unlosbare Gefühls- und Schicksalsgemeinschaft der Deutschen in aller Welt Ausdruck verleihen werden soll, ist der 18. und 19. September in Aussicht genommen. Der Reichs- und preussische Innenminister hat die nachgeordneten Behörden ersucht, den mit der Durchführung der Vorarbeiten betrauten Gruppen des Volksbundes jede Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit das erdachte Ziel, die geistige und blutmäßige Einheit des Deutschtums, jedem Volksgenossen und besonders der deutschen Jugend zum Bewußtsein zu bringen, in vollem Umfange erreicht wird.

Umbildung der preussischen Akademie der Künste

Berlin, 15. Juli. Auf Vorschlag des Reichs- und preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat Ministerpräsident Göring die Säugung der preussischen Akademie der Künste mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Ministerpräsident beauftragte Reichsminister Kauff, eine neue, nationalsozialistische Grundtendenzen entsprechende Säugung auszuarbeiten und sofortige Maßnahmen zur Umgestaltung der Akademie zu treffen. Weiter übernahm Ministerpräsident Göring das Amt eines Protectors der Akademie. Demgemäß hat Reichsminister Kauff zunächst eine Reihe Künstler als ordentliche Mitglieder in die preussische Akademie der Künste aufgenommen, darunter Professor Waldschmidt und Professor von Eiß, Stuttgart. Ausgeschlossen ist bereits der größte Teil von Mitgliedern einer vergangenen Ära, die einer nationalsozialistischen Neubelebung der Akademie nicht im Wege stehen wollten. Die in der Akademie Verbleibenden werden, um jugendlichem Nachwuchs Platz zu machen, zum Teil in eine inaktive Gruppe überführt werden.

Reichsgerichtspräsident a. D. Walter Simons †

Wiesbaden, 15. Juli. Im Alter von 75 Jahren verstarb am Mittwoch in seiner Wohnung in Romames Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Walter Simons. Er wurde 1881 in Elberfeld geboren. Nach vollendetem Studium trat er zunächst in den Justizdienst und 1911 als Justizrat in das Auswärtige Amt. In dieser Eigenschaft nahm er an internationalen Konferenzen teil. Im Dezember 1918 zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt ernannt, wurde er mit der Vorbereitung der Fried-

ensverhandlungen betraut. In Versailles war er Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation. Am 21. Juni 1919 erbat er seinen Abschied wegen der schmählichen Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Im August 1919 übernahm er die Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, bis er im Juni 1920 als Reichsaussenminister wieder Gelegenheit fand, das Reich auf den Konferenzen in Spa und London zu vertreten. Das Ergebnis der Londoner Konferenz hielt er für unannehmbar und trat zurück.

Im Januar 1922 war Simons Mitglied der deutschen Delegation für die Verhandlungen um Oberschlesien. Im Juli 1922 wurde er zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt. Dieses höchste Richteramt hatte er bis Dezember 1928 inne; dann legte er es aus Protest gegen eine Krisierung durch die damalige Sozialregierung nieder. Durch sein Amt wurde er vom März bis Mai 1925 dazu berufen, Stellvertreter des Reichspräsidenten zu sein. Nach dem April 1929, bis zu welchem Zeitpunkt er noch die Geschäfte des Reichsgerichtspräsidenten geführt hat, war er als Professor in Leipzig tätig. Internationales Recht, auswärtige Politik und besonders des evangelische Kirche lagen ihm am Herzen. Er war Präsident des evangelisch-sozialen Kongresses. In seinem 70. Geburtstag verlich ihm der Reichspräsident den Adelschid des Deutschen Reiches.

Wawel-Konflikt beigelegt

Warschau, 15. Juli. Der Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Krakauer Erzbischof ist durch Vermittlung des polnischen Außenministers, der den Staatspräsidenten in seinem Sommeraufenthalt in Turata aufsuchte, beigelegt worden. In der Verlautbarung heißt es, daß der Krakauer Erzbischof festgestellt habe, daß die Königsgräber und die Gräber der großen Männer der polnischen Geschichte, die in den Wäulen der Wawel-Kathedrale ruhen, stets nicht nur ein kirchliches Heiligtum, sondern auch einen Schatz des nationalen Ruhmes darstellen. Weiter habe der Krakauer Erzbischof erklärt, daß die Särge der Könige, die für immer endgültig in den Königsgräbern beigelegt sind, sowie der Sarg des Marschalls Wisludski nicht mehr von ihrem Ort entfernt werden sollen. Wenn eine Umberung einmal unbedingt und ausnahmsweise nötig werden sollte, so könnte das nur noch nach einer vorherigen Verständigung des Krakauer Erzbischofs mit dem Staatspräsidenten geschehen. Zum Schluß heißt es in der amtlichen Verlautbarung, daß der Staatspräsident unter diesen Bedingungen die Erklärung des Erzbischofs annehme. Angesichts dieser Tatsache betrachtet die Regierung die ganze Angelegenheit als erledigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Führer-Glückwunsch für 100-Jährige. Der Führer und Reichskanzler hat der Frau Margareta Stellenwerf in Radelberg (Kreis Scheidein, Regierungsbezirk Aachen) aus Anlaß der Vollendung ihres 100. Lebensjahres ein persönliches Glückwunschschreiben und eine Ehrengabe zugehen lassen.

Auf der Urlaubsreise tödlich verunglückt. Aus München wird berichtet: Auf eigenartige Weise sind am Dienstag zwei Fahrgäste des fahrplanmäßigen Kurwagens der Reichspostlinie Hinterstein—Hindelang im Allgäu ums Leben gekommen. Kurz vor der Brücke bei Bad Oberdorf durchschlug aus noch ungeklärter Ursache die Kardanwelle den Boden des Wagens. Frau Gröhe aus Neichen in Sachsen, die in Oberdorf zur Kur weilte, und der Uhrmacher Josef Gschwender aus Füssen, die beide unmittelbar über der aufgerissenen Stelle lagen, fielen durch den Boden des Wagens und gerieten unter den noch immer in Fahrt befindlichen Wagen. Sie erlitten schwere Schädelbrüche und Knochenverletzungen, die ihren sofortigen Tod zur Folge hatten.

Brudermord. Aus Neuz wird gemeldet: Auf dem Heimweg vom Kirmesfest geriet der in den zwanziger Jahren stehende Heinrich Becker aus Neovenheim morgens mit seinem zu Besuch weilenden Bruder Bernhard in eine Auseinandersetzung und verletzte ihm einen tödbringenden Stich ins Herz. Die furchtbare Tat trug sich in Gegenwart der Eltern und beider Frauen der Brüder zu. Der Vater erregte sich so, daß er einem Herzschlag erlag. Die Mutter und die Frau des Getöteten, die ein Kind erwartet, erlitten einen Nervenzusammenbruch und wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter wurde verhaftet.

Das hilenische Kabinett bleibt im Amt. Die hilenischen Minister hatten Anfang der Woche ihren Rücktritt eingebracht, weil das rücksichtslose Vorgehen der Polizei gegen die Versammlung einer neugegründeten Partei einen lebhaften Protest aller Parteien in der Kammer hervorgerufen hatte. Da Präsident Alessandri den Rücktritt nicht annahm, verbleiben alle Minister in ihren Ämtern.

Amnestie für Franzosen. Anlässlich der Geburt des bulgarischen Thronfolgers hat, wie aus Sofia berichtet wird, der Minister für Volkskultur angeordnet, daß allen Schülern die Noten in ihren Zeugnissen um einen Grad verbessert werden, so daß 1937 kein bulgarischer Schüler sitzen bleiben wird. Das ist wahrhaftig ein origineller Erlaß, der wohl bis heute ohne Beispiel dasteht.



Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 16. Juli 1937.

Nicht mit Worten,

in der Tat zeigt sich der Meister — und der Nationalsozialist

Gestern abend hat der Freiwillige Arbeitsdienst angefangen, den Sportplatz herzurichten. 40 Mann waren angetreten und haben 2 1/2 Stunden gearbeitet, als ob sie dafür doppelten Lohn bekommen würden. Bürgermeister Kaizer und Stadtbauingenieur Schuller sind mit gutem Beispiel vorgegangen und es ist zu hoffen, daß sich noch mehr Freiwillige einfinden werden, um an diesem gemeinnützigen Werk mitzuhelfen. Manchem sieht's man an, daß er noch nicht so Hand und Schanzel gehandhabt hat, aber dies ist nicht wesentlich, denn hier kommt es nur auf den guten Willen an.

Man kann sagen, daß es in Deutschland wirklich schöner geworden ist, wenn man sieht, wie Kladderwitzen und Arbeiter der Fabrik, Lehrlinge und Betriebsführer in einer Linie stehen und Erde schaufeln. Wenn der Eifer nicht nachläßt, ist die Arbeit bald getan und Altensteig hat einen schönen, ideal gelegenen Sportplatz.

Promenadenkonzert. Das für Samstagabend vorgezeichnete Konzert auf dem Marktplatz findet besonderer Umstände halber schon heute abend statt. Beginn 20.30 Uhr.

Programm:

1. „I. Bataillon Garde“, Armeemarsch.
2. Ouvertüre „Die Kaisergarde“, von Jul. Gottlöber.
3. Gavotte „Mein Liebling“, von Joh. Bruffig.
4. „Wiener Praterleben“, Walzer von S. Translateur.
5. „Seemanns Los“, von H. W. Petri.
6. „Rheinischer Sang“, Potpourri von F. Hannemann.
7. „March des Port'schen Korps“.

„Grünen Baum“-Pichtspiele. Nachdem in dieser Woche der Altensteiger Bergniederschlagsbarometer sehr hoch gegangen ist, möchten die „Grünen Baum“-Pichtspiele am Sonntag mit einem ersten bescheidenen Film aufwarten. Leo Tolstois Roman „Die Kreuzzugskämpfe“ bürgt für eine spannende Handlung und für hervorragende musikalische Darbietungen. Ein auserlesenes Beiprogramm wird die Vorhellung noch verschönern.

Sonderzug nach Berlin. Vom 30. Juli bis einschließlich 8. August findet in Berlin die 14. Große Deutsche Rundfunk-Ausstellung statt. Die Gauhauptstelle Rüdental in Verbindung mit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ führt aus diesem Anlaß einen Sonderzug nach Berlin durch. Die Abfahrt erfolgt in Stuttgart am Freitag, den 6. August, abends 21.23 Uhr, während der Rückfahrt von Berlin am Montag, den 9. August, abends 19.25 Uhr angetreten wird. Die Fahrt kostet einschließlich Uebernachtungen mit Frühstück, Eintritt zur Ausstellung und zum Zeughaus 21,80 RM. Wer bei Verwandten oder Bekannten unterkommt, kann schon für 16,20 RM an der Reise teilnehmen. Anmeldungen sind zu richten an die örtlichen KdF-Stellen.

Gauführer Dr. Klett kommt zum Kreisfest des DNK nach Nagold! Wie der Kreisführer des DNK-Kreises 5 Ioeben mitteilt, hat der Gauführer Dr. Klett sein Erscheinen beim ersten Kreisfest in Nagold zugesagt. Jeder Teilnehmer mag daraus ersehen, daß das bevorstehende Kreisfest nicht wie früher, eine private Angelegenheit ist, sondern ein Ereignis der breiten Öffentlichkeit, an welchem jeder — vom kleinen Sportler bis hinauf zur Gauführung — Anteil nimmt. Das Kommen des Gauführers bedeutet den Höhepunkt des Kreisfestes und wird allen gleich freudig wie dankbar für den angesagten Besuch. Der Gauführer trifft im Laufe des Sonntagvormittags in Nagold ein. Er wird am Adolph-Hilfer-Wald den Festzug abnehmen und nach dem Aufmarsch eine Ansprache an die Festteilnehmer halten. Mit dem Gauführer Dr. Klett erscheinen ferner sein Stellvertreter Kam. Kurtz, der Gauportwart Kam. Rupp und der Gauportwart Kam. Schäberl.

Nagold, 15. Juli. (Beerdigung.) Auf dem Friedhof wurde gestern nachmittag die sterbliche Hülle des im Alter von 62 Jahren verstorbenen Spaniendeutschen Carl Klein unter herzlicher Anteilnahme bestattet. In Duisburg, seinem Geburtsort, entschloß er sich einst, in Spanien seinen Lebensunterhalt zu suchen, bis vor Jahresfrist die unheilvollen Wirren auch seiner und seiner Familie Tätigkeit ein Ende setzten. Unter den Spaniendeutschen, die besonders jährlich an diesem frischen Hügel landen, wird Vater Klein in gutem Andenken bleiben.

Calw, 15. Juli. (Pg. Rüd übernahm die Leitung der Ortsgruppe Calw der NSDAP.) Dieser Tage fand im großen Saal des „Badischen Hof“ eine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Calw der NSDAP. statt. Kreisleiter Württer teilte mit, daß es ihm nach der Zusammenlegung der Kreise wegen Arbeitsüberhäufung nicht mehr möglich sei, die Ortsgruppe weiterhin zu leiten. Er bestimmte Pg. Rüd (früher Baiersbrunn) zu seinem Nachfolger.

Hien a. Enz, 14. Juli. Sein Nachtquartier teuer bezahlt, nämlich mit dem Pelz, hat ein halbwildes Füchslein, das unerlaubt in der Futterkammer eines hiesigen Bürgers nächtigte. Als die Hausfrau heute früh 6 Uhr ihr Vieh füttern wollte, fand sie den frechen Eindringling schlafend im Futter liegend vor. Der schnell herbeigerufene Sohn schlang den Spaten so sachgemäß, als ob er es beim Arbeitsdienst gelernt hätte und löschte das Lebenslicht des Vorkühnigen aus.

Sulz, 15. Juli. (Gefährlicher Brand in Wöhlingen.) In der Nacht auf Mittwoch brach in der Scheune des Andr. Reißhartz, Bauer, Feuer aus, das schnell um sich griff, so daß bald die ganze Scheune in hellen Flammen stand. Den Anstrengungen der Feuerwehr Wöhlingen und der Motorspritze Sulz gelang es, das Wohnhaus zu retten, während die Scheune bis auf den Grund niederbrannte. Als dieser Brand in der Hauptsache gelöscht war und die Sulzer Motorspritze abziehen wollte, brach ein neuer Brand, wohl infolge von Funkenflug, in einem Sägemehlhaufen neben dem Kesselhaus der Firma Gebr. Reißhartz, aus, der sehr gefährlich werden konnte. Es

wurde deshalb noch die Motorspritze von Oberndorf zu Hilfe gerufen. Die Vörsarbeiten mußten mit größter Voricht durchgeföhrt werden, da sich im Maschinenhaus das Elektrizitätswerk befindet, das an das Hochspannungsnetz des Heimbackkraftwerkes angeschlossen ist. Der Dachstuhl des Kesselhauses und der des Maschinenhauses wurden zerstört.

Stuttgart, 15. Juli. (Oesterreichische Bauingenieure.) Am Mittwochabend trafen, in Autobussen der Reichsbahn von München kommend, 50 Angehörige der Bauingenieursfakultät an der Technischen Hochschule Wien zu kurzem Aufenthalt in Stuttgart ein. Die Gruppe, der außer Assistenten und Studierenden auch einige Professoren und unter diesen der weltbekannte Bodenmechaniker Prof. Terzaghi sowie Prof. Schaffernat angehören, befindet sich auf einer Studienreise durch Süddeutschland. Sie steht unter Führung von Hofrat Salinger-Wien und wird betreut von Ingenieur Stedeb vom Büro des Generalinspektors Dr. Lohd. In Stuttgart angekommen, bereitete ihnen die Stadtverwaltung im reizvollen Weißenhof im Stadtgarten einen freundlichen Empfang. Am Donnerstag besichtigten die oesterreichischen Gäste den Hauptbahnhof und das Deutsche Auslands-Institut.

Ehlingen, 15. Juli. (Tödlich verunglückt.) Am Mittwochnachmittag ist in Ehlingen Studientrat Dr. Fischer mit seinem Motorrad auf der Fahrt durch die Stadt tödlich verunglückt. Er ließ die Hindenburgstraße und Blumenstraße mit einem Kraftwagen so heftig zusammen, daß er mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Im Krankenhaus erlag der Verunglückte seinen Verletzungen. Das Auto wurde ebenfalls durch einen Unfall gezo-gen, während der Kraftfahrer unverletzt blieb.

Schwaigern, Kr. Brackenheim, 15. Juli. (Tiefes Leid.) Eine Landwirtin aus Schwaigern, die im Weltkrieg einen Sohn und vor einigen Jahren ihren erblindeten Mann verloren hat, fand bei der Rückkehr von einer Erntebesuche den ihr noch verbliebenen einzigen Sohn in der Scheuer erhängt auf. Der gramgebeudeten einsamen Mutter wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Koenigsfeld, Kr. Sulz, 15. Juli. (Wohnhaus abgebrannt.) In der Nacht zum Mittwoch entstand aus unbekannter Ursache im Wohnhaus des Karl Müller an der Rothalde ein Brand, der das gesamte Gebäude innerhalb kurzer Zeit einäscherte.

Lauften a. N., 15. Juli. (Schwarzfahrtschmerzhaft.) Auf der Straße Lauften-Steinhelm ereignete sich ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Kraftfahrad. Die beiden Fahrzeuge fuhren in voller Fahrt aufeinander. Der Kraftfahradfahrer wurde vom Kraftfahrad geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. Auch die beiden Insassen des Personenkraftwagens erlitten erhebliche Verletzungen. Der schwerverletzte Kraftfahradfahrer wurde in das Krankenhaus Lauften verbracht. Er hatte mit dem Kraftfahrad eines anderen eine Schwarzfahrt unternommen und war nicht im Besitze eines Führerscheins.

Waldenbuch, Kr. Vöhringen, 15. Juli. (Gemeinschaftsarbeit.) Waldenbuch hat durch freiwillige Gemeinschaftsarbeit ein schönes Freibad erhalten. Es ist in der Nähe des Schulhauses in zweijähriger planvoller Gemeinschaftsarbeit entstanden. Von dem Bad, das ein klarer Waldbach speist und in dessen Mitte ein Bergquell als Brunnen geföhrt wurde, hat man schöne Ansichten auf Burg Waldenbuch und die Ortschaft.

Waldenbuch, Kr. Stuttgart, 15. Juli. (Tödlicher Unfall.) Ein Motorradfahrer aus Ehlingen fuhr mit seiner Frau auf dem Sojusweg in die Ferien. Bei Viehenau kam das Fahrzeug, vermutlich durch Bruch der Getriebeplatte und Blockierung des Motortrabs, ganz plötzlich zum Halten. Die Frau des Fahrzeuglenkers wurde vom Rad geschleudert; sie kam so unglücklich zu Fall, daß sie sofort tot war. Der Fahrer selbst kam ohne Verletzung davon.

Winnenden, 15. Juli. (Stadtgarten und Festplatz.) Die Gemeindeführer Winnenden haben den seitherigen Stadtgarten zu einem Festplatz um, der 3000 Menschen fassen soll. In einem freiwilligen Arbeitsdienst heissen sämtliche Formationen der Partei an der Bewältigung der umfangreichen Erdarbeiten mit.

Winterlingen, Kr. Vöhringen, 15. Juli. (Tod auf dem Bahnhöf.) Als der 36 Jahre alte Zimmermann Gustav Kempp von hier am Dienstag früh mit dem Zug zu seiner Arbeitsstelle fahren wollte, erlitt er beim Durchgang durch die Bahnhöfperre einen Herzschlag, der den sofortigen Tod herbeiföhrete. Vermutlich war Kempp zu rasch gegangen.

Söllingen, Kr. Ulm, 15. Juli. (Neues Freibad.) Der Almer Borort Söllingen hat nunmehr das längst ersehnte Freibad an der Blau erhalten. Dieses wurde im Besitz von Oberbürgermeister Föhler seiner Bestimmung übergeben. Die schöne Anlage bietet Ausfludemöglichkeiten für 200 Personen, hat eine große Liegewiese und je eine Abteilung für Schwimmer und Nichtschwimmer.

Wangen i. A., 15. Juli. (Segelflugfeld.) Segelfluglehrer Karl Ruffer vom NSFK Wangen konnte den bisher von den Ravensburger Männern des NSFK gehaltenen Allgäuer Segelflugfeld von über fünf Stunden auf sechs Stunden 15 Minuten erhöhen. Als Startplatz hatte Ruffer den sog. Uberg beim Schwätzen Grat gewählt und bereits nach kurzer Zeit konnte er eine Startüberhöhung von 950 Metern erzielen. Der Schwarze Grat, in Segelfliegerkreisen die Allgäuer Röhde genannt, trägt diesen Namen also nicht zu Unrecht.

Kempten, 15. Juli. (Gemeine Tat.) Das Landgericht Kempten hat den 27jährigen Peter Martin von Furtz, Gemeinde Lechbrunn, wegen dreier Vergehens der Sachbeschädigung und dreier Vergehens des Hausfriedensbruchs zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Martin, der im Bezirk Köhlhauzen bei Füssen als Dienstknecht beschäftigt war, hat in den Jahren 1929, 1930, 1935 und 1936 seinen Arbeitgebern zwei wertvolle Pferde, sieben letzte Schweine im Gesamtwert von 8220 RM, aus Reid und Radsucht vergiftet. Zwei Stück Vieh mußten notgeschlachtet werden. Ein vergiftetes Pferd war der schönste Zuchtstall Südbayerens. Martin schlüpfte nachts in die Ställe und schüttete Gift in die Futtertröge und auf die Weideplätze.

Aus Baden

Florheim, 15. Juli. (Unglücksfall oder Verbrechen?) Am 6. Juli ist der ledige 34 Jahre alte Goldschmied Karl Scheffel aus Florheim, von Friedrichshafen wo er in Arbeit stand, mit dem Rad nach Florheim abgereist. Er hatte einen Geldbetrag von 38 RM bei sich, den er zwei Tage vor seiner Abreise durch Einschreibebriefsendung erhalten hatte. Ein Telegramm, das ihn über den Tod seiner Schwester unterrichtete, erreichte ihn nicht mehr. Scheffel galt als fleißiger Arbeiter. Ueber sein Schicksal ist man sehr besorgt.

Florheim, 15. Juli. (Ein Kaplan wegen Sittlichkeitsverbrechen festgenommen.) Am Montag wurde der 30 Jahre alte katholische Kaplan Welte, der an der St. Franziskus-Kirche Florheim Dienst tat, von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er sich im Jahr 1935 während des Religionsunterrichtes in zahlreichen Fällen an Schülerinnen unter 14 Jahren unzüchtig vergangen hat. Die Taten sind Vergehen nach § 174 Ziffer 1 und § 176 Ziffer 3 des Strafgesetzbuches. Kaplan Welte hat den Richter und Staatsanwalt bereits ein Geständnis abgelegt.

Florheim, 15. Juli. (Uchtung; Kartoffelfähergefahr!) In dem benachbarten Landort Königsbach ist der Kartoffelfäher aufgetreten. Eine Untersuchungskommission aus Heidelberg ist in Königsbach eingetroffen und hat dort die entsprechenden Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung des Fähers getroffen.

Sodenheim, 15. Juli. (In die Senze gestürzt und verblutet.) Hier ereignete sich bei Erntearbeiten auf dem Felde ein eigenartiger Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte. Der 60 Jahre alte Landwirt Johann Schweiniger kam infolge unerwarteten Anziehens der Pferde auf dem Fuhrwerk zu Fall. Dadurch drang die auf dem Wagen liegende offene Senze dem Unglücklichen tief in die Brust und der Tod trat kurz darauf infolge Verblutung ein.

Der Gauleiter zur antibolschewistischen Schau

Stuttgart, 15. Juli. Der Bolschewismus ist vom Judentum nicht zu trennen; die bolschewistische Ideologie ist nichts anderes als die Verwirklichung der jüdischen Welt Herrschaft. Der Weg zur jüdischen Welt Herrschaft aber geht über die Weltrevolution. Ihre Merkmale sind Nord, Brand, Lüge, Gottlosigkeit. Der Bolschewismus wird damit zur tödlichen Gefahr für alle Kulturvölker. Mögen deshalb die Völker der Welt rechtzeitig den Bolschewismus in seinen Methoden und Zielen erkennen und mögen sie zusammen mit Deutschland, wie es große Nationen bereits getan haben, eine gemeinsame geistige und wehrhafte Front bilden gegen den völkervernichtenden jüdischen Bolschewismus.

Die große antibolschewistische Schau „Der Bolschewismus“, die vom 17. Juli bis 8. August 1937 in den Ausstellungshallen am Gewerbeplatz zu Stuttgart gezeigt wird, soll jedem eindeutig in Wort und Bild die ungeheure Gefahr vor Augen föhren, die der Bolschewismus für die Kulturvölker bedeutet. Ich bin gewiß, daß jeder Volksgenosse, der die Schau gesehen hat, voll Dankbarkeit zum Führer erfüllt sein wird, dem allein wir es zu verdanken haben, daß unser Volk vom Bolschewismus befreit wurde.

gez. Wilhelm Murr, Gauleiter.

Anerkennung des Gauleiters

für die Leistungen der schwäbischen HJ.

Ang. Nach Abschluß der sportlichen Ausscheidungswettkämpfe der schwäbischen Hitlerjugend für die NS-Kampfspiele beim Reichsparteitag 1937 hat Reichsstatthalter und Gauleiter Murr Schichtsführer Sundermann seine Anerkennung für die diesjährigen Erfolge der schwäbischen HJ. zum Ausdruck gebracht. Der Gauleiter schreibt in seinem Brief:

„Aus den verschiedenen Meldungen ersehe ich die ausgezeichneten Erfolge, die die schwäbische HJ. in den nationalen Wettkämpfen errungen hat. Ich habe mich darüber außerordentlich gefreut und beglückwünsche Sie und die siegreichen wackeren Jungen noch nachträglich auf das herzlichste. Den Siegermannschaften lieste ich gleichzeitig je 100 RM.“

Diese Anerkennung des Gauleiters hat vor allem bei den Jungen der drei Siegermannschaften eine große Freude ausgelöhst, die bei den diesjährigen vier Reichswettkämpfen dreimal das Gebiet Württemberg zum Siege föhren konnten. Der Gebietführer hat angeordnet, daß die Spende des Gauleiters für die Anschaffung von Sportgeräten Verwendung findet.

Warnung an die Eisenbahnreisenden!

Von der Reichsbahndirektion Stuttgart wird geföhren: Mit der heißen Witterung ist die Gefahr von Vöschungs- und Waldbränden wieder nahgerückt. Unter den Ursachen spielt zweifellos das achtlose Hinanswerfen von brennenden Zigaretten, Zigaretten oder Föhndhölzern aus den Zügen eine besondere Rolle. Vor dieser Unachtsamkeit, die Schädigungen des Volkseigentums von größtem Ausmaß herbeiföhren kann, möchten wir daher auch heuer wieder aufs dringendste warnen. Besondere und verantwortungsbewusste Mitreisende, die sich nicht scheuen, dagegen aufzutreten und gegebenenfalls das Eingreifen der Bahnpolizeibeamten herbeiföhren, zu denen die Zugbediensteten gehören, machen sich verdient um die Durchführung des Vierjahresplanes und damit um die Allgemeinheit.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Süddeutschland

Bericht des Landesarbeitsamts Süddeutschland

Der zusätzliche Kräftebedarf der Landwirtschaft für die Einbringung der Ernte hat bei gleichbleibend günstigem und teilweise noch gesteigertem Beschäftigungsgrad in Industrie und Handwerk im Juni nochmals eine starke Abnahme der Arbeitslosen-zahl um 6947 Personen gebracht, die bei dem Kräftemangel in Württemberg fast zu neun Zehnteln wieder den badischen Bezirken zugute kam.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern in Württemberg und Baden vorgemerkt waren, belief sich Ende Juni auf 25 819 Personen (15 026 Männer und 8893 Frauen). Auf Württemberg und Hohenzollern entfielen nur noch 3205 Arbeitslose (2275 Männer und 930 Frauen), und auf Baden 22 614 Arbeitslose (16 651 Männer und 5963 Frauen).

Von den 25 819 Arbeitslosen waren 10 147 oder rund 40 v. H. nicht voll einjährig; von den am 30. Juni gezählten 15 672 Vollerwerbsfähigen stand mit Ausnahme der Angehörigen der Berufsberatung ein großer Teil im Beschäftigungswechsel, war also nur vorübergehend arbeitslos.

Entsprechend der Rückläufigkeit der Arbeitslosigkeit ergab sich in der Statistik der unterstützten Arbeitslosen eine Abnahme um 4107 Hauptunterstützungsempfänger der Reichsanstalt; die Zahl der in der öffentlichen Fürsorge unterstützten Wohlfahrts-erwerbslosen ging um 208 Personen zurück. Ende Juni 1937 wurden in Südwestdeutschland 14 392 Unterstützte der Reichsanstalt gezählt, davon entfielen 13 197 auf Baden und 1195 auf Württemberg-Hohenzollern. Anerkannte arbeitslose Wohlfahrts-erwerbslose wurden im Bereich des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland Ende Juni 1462 gezählt, davon entfielen 1282 auf Baden und 180 auf Württemberg-Hohenzollern.

Finderspflicht und Finderrecht

Die Anzeigepflicht des Finders — Anspruch auf Finderlohn

Die Sommerzeit mit ihrer Ausflugs- und Reisegelegenheit bringt es mit sich, daß mehr als sonst Gegenstände verloren und gefunden werden. Im Omnibus und im Eisenbahnabteil, am Rasenplatz auf der Alm oder beim Beerenlesen im Walde, in der Unterkunfthütte der Berge oder in dem Strandkorb am Meeresufer werden Handtaschen, Umhängetaschen, Schmucksachen, Photoapparate usw. vergessen und von späteren Besuchern gefunden. Der rechtlich denkende Volksgenosse wird immer ernstlich prüfen, welche Pflichten und auch welche Rechte bei einem Funde begründet werden.

Das Gesetz verlangt von dem Finder, der eine verlorene Sache an sich nimmt, daß er dem Verlierer oder dem Eigentümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unverzüglich den Fund anzeigt. Hat jemand also in der Sommerzeit einen Gegenstand eines ihm bekannten Hausgastes gefunden, so hat er die Pflicht, den Fund diesem mitzuteilen, falls er den Gegenstand an sich genommen hat. Eine gesetzliche Pflicht zur Aufnahme der Fundstücke durch den Finder besteht an sich nicht, es ist aber selbstverständlich, daß das sittliche und volksgenössliche Gebot der gegenseitigen Unterstützung hierzu verpflichtet.

Wer einen Fund nicht anzeigt oder verheimlicht, z. B. durch Auskunftsverweigerung, Leugnen, Verheimlichung, aber auch schon durch Schweigen bei Nachfrage, vergeht sich gegen seine Finderspflicht. Er setzt sich nicht nur der Bestrafung wegen Fundunterdrückung aus, sondern das Gesetz verleiht ihm auch den Anspruch auf Finderlohn, der sonst jedem Finder zusteht. Der Finderlohn beträgt 5 v. H. von dem Werte der Sache bis zu 300 RM. und 1 v. H. von dem Mehrwerte. Bei Tieren beträgt der Finderlohn nur 1 v. H.

Der Finder braucht die gefundene Sache erst herauszugeben, wenn er den Finderlohn sowie Ersatz für die Aufwendungen erhalten hat, die er den Umständen nach zwecks Verwahrung oder Erhaltung der Sache oder zwecks Ermittlung des Empfangsberechtigten gemacht hat. Aufwendungen können dem Finder z. B. durch eine Anzeige in der Zeitung entstehen. Der Finder ist zu einer Zeitungsanzeige jedoch nicht verpflichtet. Aufwendungen können auch dadurch entstehen, daß der Finder eines Photoapparates zur Ermittlung des Eigentümers die aufgenommenen Bilder entwickeln läßt. Ist der Verlierer oder sein Aufenthalt nicht bekannt, so muß der Fund sofort der zuständigen Polizeiverwaltung anzureichen werden. Dabei sind die

näheren Umstände des Fundes und sonstige Angaben, welche für die Ermittlung des Verlierers von Bedeutung sein können, mitzuteilen. Auf Verlangen hat der Finder den Gegenstand der Polizeiverwaltung zur Verwahrung abzugeben; er ist zu einer solchen Ablieferung auch ohne Aufforderung berechtigt, wenn er von seiner Pflicht zur Aufbewahrung befreit sein will. Denn solange der Finder die Sache nicht abgeliefert hat, ist er zur ordnungsmäßigen Verwahrung (bei Tieren also auch zum Füttern) verpflichtet. Eine Verwahrungspflicht besteht aber nicht an solchen Sachen, die verdorben sind oder durch die Verwahrung wertlos werden, oder durch die der Finder sich der Anstiftungsgefahr aussetzt.

Bei Gegenständen im Werte unter drei RM. hat der Finder wohl die Verpflichtung zur Anzeige an den bekannten Verlierer, dagegen ist er zur Anzeige an die Polizeibehörde und zur Ablieferung an sie nicht verpflichtet.

Wenn der Verlierer durch die Polizei oder sonstwie ermittelt wird, so kann der Finder die Sache an ihn ohne Prüfung, ob er auch der wirkliche Eigentümer ist, abliefern.

Ist nach Ablauf eines Jahres nach der Anzeige bei der Polizeibehörde der Verlierer oder ein sonstiger Empfangsberechtigter nicht ermittelt worden, so erwirbt der Finder das Eigentum an der Sache. Hat er diese der Polizei abgeliefert, so kann er die Ausbändigung verlangen. Bei Gegenständen unter drei RM. beginnt die Jahresfrist schon mit dem Augenblick des Findens. Hier erwirbt der Finder das Eigentum aber nicht, wenn er den Fund auf Nachfrage verheimlicht hat. Um das Recht des Finders auf Erwerb des Eigentums zu sichern, bestimmt das Gesetz, daß die Polizeibehörde den ihr abgelieferten Gegenstand dem Verlierer nur mit Zustimmung des Finders herausgeben darf.

Eine besondere Regelung ist für Sachen getroffen, die in einem öffentlichen Gebäude (Rathaus, Gericht, Bahnhof) oder einem öffentlichen Verkehrsunternehmen (Straßenbahn, Eisenbahn, Schiff) gefunden sind. Diese Sachen hat der Finder der betreffenden Aufsichtsbehörde abzuliefern, ohne einen Anspruch auf Finderlohn und Eigentumserwerb machen zu können. Die Behörde macht den Fund bekannt und läßt ihn später versteigern, wenn der Eigentümer sich nicht meldet.

70 Jahre Bethel

Die Betheler Anstalten bei Bielefeld begehen in diesen Tagen ihr 70jähriges Bestehen. In einem freundlichen Waldtale in der Nähe der westfälischen Kreisstadt lag einst ein kleiner Bauernhof. Eine Gruppe christlicher Männer, der die Rot der Epileptischen zu Herzen gegangen war, erwarb diesen Besitz und gründete eine kleine Pflegeanstalt. 1867 sind die ersten fünf Kranken dort eingezogen. Zwei Jahre später trat zu diesem Heim noch ein Diakonissenhaus in Bielefeld. Heute weist Bethel nach, daß es in einem Jahr 27 000 Menschen betreut, darunter 5700 kranke beherbergt. Die Anstalt ist gewaltig gewachsen, sie umfaßt 57 Pflegehäuser. Nicht nur die Fallsüchtigen finden Aufnahme und Pflege, sondern auch Heimatlose, Wanderer und Jugendliche, Kranke der verschiedensten Art. In Bethel sind viele andere Heime und Häuser in verschiedenen Teilen des Vaterlandes hinzugekommen. Die Kranken werden in nützlicher Arbeit beschäftigt, die Jugendlichen meist in Landwirtschaft.

Untrennbar mit Bethel ist der Name seines großen „Vaters Sobelschwimg“ verbunden, der mit seiner tapferen Frau 1872 die Leitung übernommen hat. Er und seine Söhne haben in niemals ermüdendem Idealismus das Werk geführt und die Mittel dazu aus kleineren freiwilligen Gaben aus aller Welt zusammengeworben.

Bethel ist eine kleine Stadt für sich, wie sie wohl einzig in der Welt besteht. Im Kriege war die Anstalt auch Lazarett. Tausende von deutschen Kriegern waren dort Zeuge des großen Wertes, das täglich in der Stille geleistet wird. Anlässlich des Jubiläums wurde eine Ausstellung eröffnet, die einen Überblick über das vielgestaltige Werk gibt und die als Dauerausstellung erhalten werden soll.



Bekanntmachungen der NSDAP.

Nr. 54M., IV., 3M.

Hilfer-Jugend, Standort Altensteig

Der ganze Standort ist heute abend auf dem Sportplatz zum Arbeiten angetreten. Es kann jeder kommen, so wie er Zeit hat. Aber nicht nach 8 Uhr, denn es ist Dienst. Der Scharj.

Die Beauftragte für die Freizeitlager 1937 im Untergau 126

Das Lager Titisee ist für die Zeit vom 1.—29. 8. 37 voll besetzt. Anmeldungen können nicht mehr angenommen werden. — Für die Lagerzeit am Titisee vom 18.—31. 7. können noch Mädel einberufen werden. Es ist dies ein Lager für BDM. Anmeldungen sind umgehend einbrieflich zu machen.

Die Lagerarten für die Mädel, die auf den Knien oder den Hohenbühl wollen, sind ebenfalls umgehend zu schicken. Untergauführerin.

Letzte Nachrichten

Zwei Schüler durch Blitz getötet

Moers, 15. Juli. Donnerstagnachmittag gegen 18 Uhr schlug in einem Buschgelände bei Moers der Blitz in eine Gruppe von sechs jungen Leuten. Während zwei von ihnen zu Boden geschleudert wurden und mit dem Schrecken davon kamen, erlitt ein dritter Brandwunden am Körper und ein vierter eine schwere Gehirnerschütterung, die seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich machte. Die Schüler Heinz Diergerli und Heinz Speyer, die aufs schwerste verletzt wurden, sind ihren Verletzungen bei der Ueberführung ins Krankenhaus erlegen.

Explosion in einer amerikanischen Kohlengrube 20 Arbeiter getötet

Newyork, 15. Juli. In einer Kohlengrube nahe der Stadt Sullivan im Staate Indiana entstand eine Explosion. Nach den letzten Meldungen forderte die Explosion 20 Todesopfer und mehrere Schwerverletzte. Wie ein Bergbeamter erklärte, waren zur Zeit der Explosion 203 Bergarbeiter in der Kohlengrube, wovon sich etwa 25 im Explosionsbereich befanden, der 2 Meilen vom Schachtengang entfernt war. Die Reichtzahl der Opfer wurde gegen die Grubenwände geschleudert und zermalmt.

Wissenswertes Allerlei

Die meisten Motorräder von allen Ländern der Welt z.: Deutschland, nämlich etwa eine Million.

Rohrrübensamen ist so winzig, daß auf ein Pfund Samen 257 000 Körner gehen.

Indien liefert jährlich für 150 Millionen Pfund Erdnüsse. Seit dem Kriege ist der Erdnussverbrauch auf das Doppelte gestiegen.

Gestorben

Baiersbrunn: Gottlob Günther, Schuhmachermeister, 84 Jahre alt.

Das Wetter

Südliche bis südwestliche Winde, stellenweise gewittrig, im ganzen bei wechselnder Bewölkung vielfach aufziehend. Temperaturen etwas zurückgehend, aber immer noch warm.

Druck und Verlag: W. Kietler'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptgeschäft: Ludwig Lauf. Anzeigenlsg.: Gustav Wöhrlich, alle in Altensteig. D. A.: V. 37: 2170. Jgt. Preis: 3 gültig.

Grünen Baum Lichtspiele

Die Kretzersonate

Frei nach der Erzählung von Leo Tolstoi.

Vorstellungen: Sonntag nachmittag 4.15 und 8.30 Uhr.

ZÜNDAPP
MOTOR
RÄDER

vereinen Kraft mit Eleganz und vollendetester Konstruktion.

Dreistrom - Motor, Kette - Kardan, Vordruckstoßdämpfer, usw. sind nur einige der vielen Zündapp-Vorzüge

Vertretung:
Paul Schaupp
Fahrzeuge, Altensteig

OPEL-DIENST

Verkaufe ein Grundstück
Garten mit Baumgut
in der Halbe
August Fichter, Altensteig

Zuverl. Person
für dortige Vertretung als Bezirksleiter gesucht. Hoh. Dauerverdienst. Beruf gl. (Kostenfreie Einführung.)
Gebrüger & Co. G. m. b. H.
Unkel/Rhein 2018

Altensteig, 16. Juli 1937.

Todes-Anzeige



Unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau Auguste Veeh

geb. Kirschbach

verschied in der Nacht vom 14. auf 15. Juli infolge Herzschlages im Alter von 59 Jahren.

In tiefer Trauer:

Paul Ziegler und Frau Lucia geb. Veeh
und Enkel Egon Ziegler

Die Einäscherung findet am Samstag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr in aller Stille auf dem Pragfriedhof in Stuttgart statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Die Trauerfeier für die liebe Entschlafene ist am Sonntag nachmittag 2 Uhr auf dem Waldfriedhof in Altensteig.

Gesundheit und Wohlbefinden durch Sani-Drops!

Diese rein pflanzlichen Naturkräfte regeln die Funktionen bei Reizung zu Darmträgheit, Stoffwechselbeschwerden, Blähungen, unregelmäßiger Verdauung, zugleich hervorragende Blutreinigung! 30 Stück RM. 1.-, 100 Stück RM. 2.75. Zu haben: in Apotheken und Drogerien.

Krawatten wie sie überall gefallen

stets Neuheiten

Modewaren- und Aussteuergeschäft **Spahr**

Mit der zuverlässigen **Dezimalwaage** die beste Gewichtskontrolle

alle Ausführungen preiswert bei

Berg & Schmid, Nagold

